



Offener Appell:

Zukunft finanzieren, statt Haushaltslöcher kaschieren

Sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister Klingbeil,

der Krieg gegen den Iran, der sich zunehmend über die gesamte Nahost-Region ausbreitet und bereits unzählige Menschenleben gefordert hat, führt uns erneut unsere geopolitische Verwundbarkeit durch die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern vor Augen. Die daraus resultierenden Preissteigerungen bei Energie und perspektivisch auch bei Lebensmitteln belasten Bevölkerung und Wirtschaft erheblich. Gerade weil Deutschland seine Abhängigkeit von fossilen Energien dringend reduzieren muss, kommt es entscheidend darauf an, dass das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) strikt zweckgebunden und zusätzlich eingesetzt wird.

Allerdings zeigen sowohl unsere Auswertungen als auch die anderer Akteure, dass die versprochene Zusätzlichkeit und Zweckbindung an vielen Stellen fehlt. So erwartet der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geringe Wachstumseffekte, weil zu viele Gelder in konsumtive Projekte fließen. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und das ifo Institut stellen eine Zweckentfremdung von 86 bzw. 95 Prozent der neuen Kreditmittel im Jahr 2025 fest. Hinzu kommt, dass zwei Rechtsgutachten von Dr. Verheyen und Prof. Tappe mehrere SVIK-Ausgaben als klar verfassungswidrig bewerten, etwa die Finanzierung der fossilen LNG-FSRU-Infrastruktur und Zuweisungen an die Deutsche Energy Terminal GmbH.

Rechtlich wie ökonomisch erfüllt das SVIK die Zwecke, die Infrastruktur zu stärken und Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen, nicht. Die Wachstumsaussichten bleiben schwach und Deutschland droht seine Klimaziele zu verfehlen, besonders

in den Bereichen Verkehr und Wärme. Die Bundesregierung darf diesen Kurs im Haushalt 2027 nicht fortsetzen. Denn klar ist: Klimaschutz und wirtschaftliche Stärke gehören zusammen.

Die Mittel des SVIK dürfen künftig ausschließlich für zusätzliche Investitionen eingesetzt werden, nicht für bereits geplante Vorhaben. Die Bundesregierung muss daher mehr Mittel für erneuerbare Energien, E-Mobilität, Bus und Bahn sowie für Gebäudemodernisierung, Klima und Natur bereitstellen. Auch das Klimaschutzprogramm braucht einen überzeugend finanziell hinterlegten Plan. Kürzungen, die in der eskalierenden Klimakrise ökologische und wirtschaftliche Stabilität gefährden, darf es nicht geben.

Damit SVIK, Klima- und Transformationsfonds (KTF) und Bundeshaushalt zum echten, zusätzlichen Investitionsmotor werden:

1. Keine Finanzierung neuer Gaskraftwerke, einer neuen Gasspeicherumlage zum Befüllen der leeren Gasspeicher und von Infrastruktur für Fracking-Gas aus öffentlichen Mitteln.

Öffentliches Geld darf nicht in fossile Infrastruktur fließen, die uns für Jahrzehnte an klimaschädliche Technologien bindet. LNG-Infrastruktur und neue Gaskraftwerke ohne Defossilisierungs-Fahrplan untergraben die Klimaziele und verschärfen die Haushaltsrisiken.

2. Förderung für Gebäudesanierung und Wärme verlässlich ausbauen sowie um 20 Mrd. Euro erhöhen und sozial ausgestalten

Wer sozialverträglichen Klimaschutz im Gebäudesektor ernst meint, darf die Förderung nicht zur haushaltspolitischen Verhandlungsmasse machen. Planungssicherheit für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen ist unverzichtbar. Es braucht eine Aufstockung und bessere soziale Ausgestaltung der Förderung. Mietende müssen wirksam vor einem Anstieg der Warmmiete durch Sanierungen geschützt werden.

3. Klimaschutzprogramm ausfinanzieren

Das angekündigte Klimaschutzprogramm darf kein Papiertiger sein. Für wirksame Klimaschutzmaßnahmen braucht es verbindliche Mittel, nicht vage Absichtserklärungen. Um die Finanzierung des Klimaschutzprogramms abzusichern, muss auch der Klima- und Transformationsfonds deutlich aufgestockt werden.

4. Bahn-Boost und naturverträglichen Schienen-Ausbau beschleunigen

Die Verlässlichkeit der Bahn hat in den letzten Jahren rapide abgenommen. Die marode Infrastruktur braucht einen Boost. Die Investitionen in Sanierung und naturverträglichen Ausbau der Schiene müssen auf 27 Mrd. Euro pro Jahr erhöht und durch mehrjährige Finanzierungszusagen verstetigt werden.

5. Naturschutzfinanzierung ausbauen

Bestehende nationale Förderprogramme wie das *Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz* oder der *Bundesnaturschutzfonds* müssen deutlich ausgebaut werden. Zudem braucht es endlich die im Koalitionsvertrag abgebildete *Gemeinschaftsaufgabe Naturschutz und Klimaanpassung*.

6. Fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung leisten

Der Klimawandel ist ein globales Problem. Wenn andere Länder Emissionen senken und sich besser an Klimafolgen anpassen, kommt das auch Deutschland zugute. Deshalb sollte Deutschland seinen zugesagten fairen Anteil leisten und die internationale Klimafinanzierung bis 2030 auf 12 Milliarden Euro jährlich erhöhen.

7. Umweltschädliche Subventionen abbauen

Umweltschädliche Subventionen untergraben die Anstrengungen für Klima- und Naturschutz und führen in Summe zu einer ineffizienten Verwendung von Haushaltsmitteln. Die Bundesregierung muss daher einen Fahrplan zum sozialverträglichen Abbau von umweltschädlichen Subventionen vorlegen, etwa durch den ökologischen und sozialen Umbau des Dienstwagenprivilegs.

Sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister, die genannten Punkte sind Mindestvoraussetzungen, um Klimaziele einzuhalten, soziale Härten abzufedern und unseren Wohlstand zu erhalten. Wir fordern eine klare Kurskorrektur.

Mit freundlichen Grüßen

Verena Graichen, Bundesgeschäftsführerin Politik BUND e.V.

Michael Schäfer, Geschäftsführer GermanZero e.V.

Martin Kaiser, geschäftsführender Vorstand Greenpeace Deutschland

Christoph Bals, Geschäftsführender Vorstand Politik Germanwatch

Ingo Ammermann, Bundesgeschäftsführer NABU e.V.

Heike Vesper, Vorstandin Transformation Politik & Wirtschaft WWF Deutschland

Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer, Deutsche Umwelthilfe (DUH)